

Die Freunde der SPD

die Sozialisten in Frankreich, den Niederlanden, Italien und Irland

Im Europawahlteil des UiD 8 vom 22. Februar 1979 stellten wir als erste der SPD-Partnerparteien in der EG die britische Labour Party vor. Heute folgen die Sozialisten aus Frankreich, den Niederlanden, Italien und Irland. Ihnen allen ist mit der SPD eines gemeinsam: Sie wollen ein sozialistisches Europa und nähern sich in ihren Programmen den Positionen der westeuropäischen Kommunisten.

Die Sozialistische Partei Frankreichs (PS)

Frankreichs Sozialisten

Unmittelbar nach ihrer Neugründung im Jahre 1971 nahmen die französischen Sozialisten unter Mitterand wieder engere Verbindung mit den Kommunisten auf. Im Jahre 1972 wurde das „Gemeinsame Programm“, eine Art Regierungserklärung für den Fall eines gemeinsamen Wahlerfolgs, angenommen. Dieses Programm wurde vor den französischen Parlamentswahlen von 1978 „aktualisiert“. Das „Gemeinsame Programm“ mit den Kommunisten ist mindestens formal noch heute die programmatische Grundlage der Sozialistischen Partei (PS).

Einheit der Linken

Auch vom Prinzip des Zusammengehens mit den Kommunisten unter dem Stichwort „Einheit der Linken“ sind die Sozialisten — gleichgültig, ob sie auf dem rechten Flügel angesiedelt sind oder dem pro-kommunistischen CERES angehören (etwa ein Viertel der PS-Abgeordneten) — seither nicht abgewichen.

Enteignungspolitik

Das sozialistisch-kommunistische „Gemeinsame Programm“ zeichnet das lupenreine Bild eines sozialistischen Frankreichs mit weitgehender Wirtschaftsplanung, einer umfassenden Enteignungspolitik für die Bereiche der Schlüsselindustrien sowie der Banken, Finanzierungsgesellschaften, Holdings und Versicherungen. Nach sozialistischen Vorschlägen sind dies insgesamt neun große Industriegruppen mit insgesamt etwa 1 750 Unternehmen, die ganz oder teilweise durch

Enteignung in Staatsbesitz übergehen sollen. Den Kommunisten übrigens reichte dieser Enteignungsplan noch nicht aus.

Das Programm verdeutlicht die Zielrichtung der Enteignungspolitik: „Die Gesamtheit der industriellen Enteignungen und der Beteiligungswettbewerb an anderen Unternehmen, abgestützt durch die Enteignung des Kreditwesens, wird ein mächtvolles Instrument der Wirtschaftspolitik einer Regierung der Linken darstellen.“

Rätesystem

Die auf diese Weise geschaffene Staatswirtschaft soll im Rahmen der umfassenden Wirtschaftsplanung nach einer Art Rätesystem, der „autogestion“, funktionieren. Auch in der noch verbleibenden Privatwirtschaft soll die Bestimmung der Löhne staatlich reglementiert werden; Gehälter für Führungspersonal, die aus dem staatlich verordneten Rahmen herausfallen, dürfen von dem Privatunternehmen nur aus versteuertem Gewinn gezahlt werden. Dieser Gewinn der Privatwirtschaft wird allerdings durch fiskalische und andere Maßnahmen erheblich beschnitten. Kündigungen dürfen nur nach staatlicher Genehmigung ausgesprochen werden. Die Gesamtheit dieser Maßnahmen stellt für die Sozialisten „den Bruch mit dem Kapitalismus“ dar. Michel Rocard, einer der Konkurrenten Mitterands, der als Exponent des „vernünftigen“ rechten Parteiflügels gilt, hat das Gesamtkonzept noch am 5. Dezember 1978 öffentlich bestätigt.

Nationale Interessen

Außenwirtschaft und Außenpolitik werden dem gemeinsamen Programm zufolge rigoros nach den „nationalen Interessen“ Frankreichs umstrukturiert. Dabei werden unverhüllt protektionistische Maßnahmen zum Schutze der französischen Zahlungsbilanz, insbesondere Importrestriktionen, darüber hinaus alle „notwendigen“ Maßnahmen im Rahmen des Handelsbereichs einschließlich des GATT, eine intensive Devisenbewirtschaftung, die Kontrolle der Kapitaltransfers von Unternehmen — auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft — und eine zusätzlich erschwerte Kapitalversorgung der multinationalen Gesellschaften empfohlen.

Die Verwirklichung dieses Programms würde in der Praxis den Bruch der Gemeinschaftsverträge und anderer internationaler Vereinbarungen Frankreichs und schließlich seine Herauslösung aus der internationalen arbeitsteiligen Weltwirtschaft bedeuten.

Schwächung der NATO

Die Außen- und Sicherheitspolitik wird ebenfalls allein auf das engverstandene nationale Interesse ausgerichtet, zwar soll vorläufig die „force de frappe“ beibehalten, Frankreich jedoch aus jeder westlichen Verteidigungszusammenarbeit herausgelöst werden. Das „Gemeinsame Programm“ tritt für eine „progressive Schwächung“ der NATO ein — und für ihre Auflösung. Ziel ist die Schaffung

eines „kollektiven europäischen Sicherheitssystems“ — ein Konzept, das bekanntlich vor allem von der Sowjetunion verfochten wird.

Mit diesen Positionen des „Gemeinsamen Programms“ geht die sozialistische Partei Frankreichs auch in den Europa-Wahlkampf. Für sie ist ein Europa, das sich im Rahmen der freien westlichen Welt entwickelt, nur bedingt akzeptabel.

Internationaler Sozialismus

Gerade in Frankreich hat der „internationale Sozialismus“ weiterhin das weltweite Zusammenstehen der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus im Visier. Unter diesen Umständen ist Europa für die Sozialisten nur vorstellbar, wenn es die Umgestaltung des Weltwirtschaftssystems anstrebt und sich aus der engen Bindung an die Vereinigten Staaten löst.

Supranationalität wird als Beeinträchtigung der Möglichkeiten zur Entwicklung eines sozialistischen Wirtschafts- und Sozialsystems abgelehnt, es sei denn, die Aufgabe der eigenen Nationalität bringe den Sozialismus, wie er dort verstanden wird, näher.

Von Mitterand stammt der Satz, der zeigt, was die französischen Sozialisten und ihre Partner mit Europa vorhaben: „Europa wird sozialistisch sein, oder es wird nicht sein.“

Die niederländischen Sozialisten (Partij van de Arbeid, PvdA)

Niederländische Sozialisten

Seit dem Ausscheiden der niederländischen Sozialisten unter Ministerpräsident Uyl aus der Regierung im Jahre 1977 — sie waren zu sachlichen und personellen Zugeständnissen an den bisherigen Koalitionspartner, die Christlichen Demokraten, nicht bereit — hat die Partei einen scharfen Linksruck vollzogen: Die pragmatischeren, erfahrenen Politiker wie den Uyl wurden an den Rand gedrängt. Die Positionen, die die PvdA jetzt einnimmt, spiegeln sich nicht zuletzt in ihrem Europa-Wahlprogramm vom 10. Februar 1978.

Linksruck

Das Programm bekennt sich zum Ziel eines sozialistischen Europas im Rahmen einer neuen internationalen Ordnung. Gemeinsam mit den anderen sozialistischen Parteien strebt die PvdA in Europa nach einer fundamentalen Veränderung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen.

Sozialistisches Europa

Die Wirtschaft seit Ende des 2. Weltkrieges sei gekennzeichnet durch Monopolpositionen der Großunternehmen. Die Kontrolle dieser Unternehmen, besonders der multinationalen Unternehmen, sei eine vorrangige Aufgabe, zumal die „kapitali-

stische“ Konzentrationsbewegung das freie Spiel von Angebot und Nachfrage verletze. Angesichts der Arbeitslosigkeit in Europa hätten nach Auffassung der PvdA die traditionellen Instrumente der Wirtschaftspolitik versagt. Die Antwort auf diese Mißstände sei das sozialistische Europa.

Anti-deutsch

Bei der Formulierung ihres Engagements für die Menschenrechte hält es die PvdA für richtig, die Regelungen zum Ausschluß von Verfassungsfeinden aus dem öffentlichen Dienst im Nachbarland Deutschland als „flagrante“ Verletzung der Grundrechte zu kennzeichnen und abzulehnen.

Distanzierung zu den USA

Im außenpolitischen Teil des Programms wird Europa nicht als integraler Bestandteil des freien Westens, sondern als „Gleichgewichtsfaktor“ zwischen Ost und West charakterisiert. Den Beziehungen zu Osteuropa wird viel Raum gewidmet. Dem Verhältnis zu den Vereinigten Staaten wird dagegen nur ein einziger Satz gewidmet. Kaum eine andere sozialistische Partei ist in ihrer Distanzierung von unserem lebenswichtigen Allianzpartner so weit gegangen.

Auflösung der NATO

Im sicherheitspolitischen Teil fehlt ein Bekenntnis zur NATO-Zugehörigkeit. Statt dessen heißt es: „Das Bestehen militärischer Blöcke ist kein Beitrag zu Frieden und Sicherheit in Europa.“ Deshalb müsse „nach Auflösung von Machtblöcken wie NATO und Warschauer Pakt durch das Zustandekommen eines neuen kollektiven Sicherheitssystems in Europa“ gestrebt werden. Auch die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens unter nationaler Verfügung trügen nicht zur Sicherheit in Europa bei, diesem Potential komme keine Bedeutung für die Verteidigung Europas zu.

Eine derartige Kritik wird selbstverständlich an der kolossalen sowjetischen Militär- und Kernwaffenmacht in Europa nicht geübt: diese bleibt ganz einfach unerwähnt.

Die Sozialistische Partei Italiens (PSI)

Italiens Sozialisten

Kurz nach dem 2. Weltkrieg ging die PSI ein Volksfrontbündnis mit den italienischen Kommunisten ein, das bis 1963 dauerte; die Partei lockerte dann ihre Verbindung zur PCI und trat in Regierungen mit den Christlichen Demokraten ein. Diese Centro-Sinistra-Regierungen bestanden bis 1972.

Seither sucht die Partei nach einer Regierung, an der auch die Kommunisten beteiligt sind. Obwohl nach den Parlamentswahlen von 1976, bei denen der PSI 9,6 % der Stimmen erhalten hat, eine Mitte-Links-Regierung aus Christlichen

Demokraten, Sozialisten und der kleinen Sozialdemokratischen Partei möglich gewesen wäre, lehnten die Sozialisten diese demokratische Alternative einer Regierung der linken Mitte ab.

Der gegenwärtige Parteiführer Craxi verfolgt zwar eine Politik der „Autonomie“, d. h. einer gewissen Verselbständigung gegenüber den Kommunisten, jedoch ist es ihm bisher nicht gelungen, sich gegenüber dem volksfrontgeneigten Flügel seiner Partei durchzusetzen.

Die Sozialisten wurden damit einer der Hauptfaktoren für die unstabile politische Lage in Italien und zwangen die christlich-demokratische Regierung, auch die Kommunisten in das bis Anfang 1979 praktizierte Modell der parlamentarischen Mitverantwortung der großen Parteien einzubeziehen.

In seinem Parteiprogramm von 1975, „Strategie einer sozialistischen Alternative“, stellte der PSI traditionell dogmatische Forderungen wie Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, umfassende Staatsintervention usw.

Die irische Labour Party

Irische Sozialisten

Die irische Labour Party gilt als eine der gemäßigten sozialistischen Parteien Europas; sie hat bis zu den Parlamentswahlen im Juni 1977 gemeinsam mit der christlich-demokratischen Fine Gael regiert. Ihr Programm für die europäischen Wahlen, das sie am 9. Dezember 1978 verabschiedet hat, enthält jedoch die gleichen Forderungen nach fundamentaler sozialistischer Umgestaltung Europas, wie wir sie auch bei den anderen sozialistischen Parteien finden.

Die irischen Sozialisten gehen vom Scheitern der gegenwärtigen Wirtschafts- und Sozialverfassung in Europa aus und fordern eine völlige Veränderung der Strukturen und die Planung der nationalen Wirtschaften. Nur so könne sich die sozialistische Vision verwirklichen lassen.

Der EG wird vorgeworfen, sie sei „sklavisch auf dem Prinzip des freien Handels“ aufgebaut. Die Marktwirtschaft sei unfähig, die anstehenden Probleme zu lösen. Sie müsse durch neue, umfassende Planungsprozesse auf europäischer Ebene abgelöst werden.

Das Steuersystem müsse „radikal transformiert“ werden, um „fortschrittlichen und gleichmachenden Tendenzen“ zum Durchbruch zu verhelfen. Die Arbeiter müssten an den wirtschaftlichen Entscheidungen auf allen Ebenen beteiligt werden, dies gelte insbesondere bei der Kontrolle der Tätigkeit multinationaler Unternehmen. Durch die Beteiligung müsse es gelingen, „die wirtschaftliche Macht in Handels- und Industrieunternehmen dauerhaft zugunsten der Arbeiterschaft“ zu verschieben.

SO WIRD IN DEN LÄNDERN DER EG GEWÄHLT

	Zahl der Sitze	Wahlsystem	
		Nationalparlament	Europäisches Parlament
Belgien	24 (13 Sitze für Flamen, 11 für Wallonen)	Verhältniswahl (Verf. Art. 48,2)	Verhältniswahl nach Listen
Bundesrepublik Deutschland	81 (3 Mandate entfallen auf Berlin; sie werden durch das Abgeordnetenhaus besetzt)	Gemischte Mehrheits- und Verhältniswahl (BWahlG § 6)	Verhältniswahl (Parteien können Kandidaten- listen getrennt nach Bundes- ländern oder eine einheitliche Bundesliste vorlegen)
Dänemark	16 (1 Sitz für Grönland)	Verhältniswahl (WG Art. 42 ff)	Verhältniswahl nach Listen (Färöer-Inseln wählen nicht)
Frankreich	81	absolute Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen mit ggf. 2 Wahlgängen (CE L 123)	Verhältniswahl nach Listen
Großbritannien	81 (davon 3 für Nordirland)	relative Mehrheitswahl in Einmannwahlkreisen	Mehrheitswahl (Nordirland: Verhältniswahl nach System der übertragbaren Einzelstimme)
Irland	15	Verhältniswahl (Verf. Art. 16.2; S. 17 EA 23)	Verhältniswahl nach traditionellem irischen Wahlsystem der übertragbaren Einzelstimme
Italien	81	Verhältniswahl (Art. I u. 77 T.U. Nr. 36I)	Verhältniswahl nach Listen
Luxemburg	6	Verhältniswahl (Verf. Art. 51)	Verhältniswahl nach Listen (jeder Wähler hat 6 Stimmen)
Niederlande	25	Verhältniswahl (Verf. Art. 91)	Verhältniswahl nach Listen

	Sperrklauseln für Parteien	
	Nationalparlament	Europäisches Parlament
Belgien	keine	keine
Bundesrepublik Deutschland	mindestens 5% der Zweitstimmen oder 3 Direktmandate	bei Sitzverteilung werden nur Parteien berücksichtigt, die mehr als 5% der abgegebenen Stimmen erhalten
Dänemark	eine Partei muß entweder ein Kreismandat erringen oder 2% der gültigen Stimmen erreichen oder die für ein Kreismandat durchschnittlich benötigten Stimmen	keine
Frankreich	keine	5%
Großbritannien	keine	keine
Irland	keine	keine
Italien	keine	keine
Luxemburg	keine	keine
Niederlande	keine	keine

	Wahlalter				Aktives Wahlrecht für Auslandsbürger	
	Nationalparlament aktiv	Nationalparlament passiv	Europ. Parlament aktiv	Europ. Parlament passiv	Nationalparlament	Europäisches Parlament
Belgien	21 Wahlpflicht	25	18 Wahlpflicht	21	ja (Vollmacht)	ja (nach Wahlgesetz-entwurf)
Bundesrepublik Deutschland	18	18	18	18	nein Ausnahme: Beamte, Soldaten und Angehörige des öffentlichen Dienstes, die sich aufgrund dienstlicher Anweisungen im Ausland aufhalten	ja alle in der EG wohnenden Deutschen sind wahlberechtigt
Dänemark	18	18	18	18	nein Ausnahme: Regierungsbeamte, die sich dienstlich im Ausland aufhalten (+ Ehepartner)	ja Wahlrecht auch für Dänen, die im EG-Gebiet leben
Frankreich	18	23	18	23	ja (Vollmacht)	ja (in französischen Auslandsvertretungen)
Großbritannien	18	21	18	21	nein Ausnahme: Beamte, Angehörige der Streitkräfte und des British Council (+ Ehepartner), die dienstlich im Ausland sind	nein Ausnahme: Beamte und Angehörige der Streitkräfte
Irland	18	21	18	21	nein	ja, aber Stimmabgabe im Heimatstaat
Italien	18	25	18	25	ja Erleichterungen zur Stimmabgabe im Heimatwahlkreis	Möglichkeit der Stimmabgabe für in anderen EG-Staaten lebende Wanderarbeitnehmer (in Konsulaten)
Luxemburg	18 Wahlpflicht	21	18 Wahlpflicht	21	nein	nein
Niederlande	18	25	18	25	nein	Wahlrecht für in EG-Ländern lebende Niederländer

	Wahlkreiseinteilung		Einfluß des Wählers auf Listenreihenfolge Europäisches Parlament
	Nationalparlament	Europäisches Parlament	
Belgien	30 Wahlkreise	3 Wahlkreise (Flandern, Wallonien, Brüssel)	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)
Bundesrepublik Deutschland	248 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	nein
Dänemark	3 Wahlzonen, unterteilt in 17 Wahlkreise; Grönland und Färöer je 1 Wahlkreis	nationales Wahlgebiet	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)
Frankreich	470 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	nein
Großbritannien	635 Wahlkreise	78 Wahlkreise (66 England, 8 Schottland, 4 Wales) + 3 Mandate aus Nordirland	Stimmen werden für den Kandidaten individuell abgegeben

Irland	gesetzlich geregelt; zur Zeit 48 Wahlkreise	4 Wahlkreise	Stimmen werden für den Kandidaten individuell abgegeben
Italien	32 "Circoscrizioni"	5 Wahlregionen	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)
Luxemburg	4 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	Kandidaten können aus verschiedenen Listen gewählt werden
Niederlande	18 Wahlkreise	nationales Wahlgebiet	Veränderung der Reihenfolge innerhalb einer Liste möglich (Präferenzkandidat oder Liste)

	Finanzierung des Wahlkampfs durch den Staat		Wochentag der Wahl zum	
	Nationalparlament	Europ. Parlament	Nationalparlament - festgelegt?	Europ. Parlament
Belgien	keine Regelung		ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Bundesrepublik Deutschland	pauschal 3,50 DM pro Wahlberechtigten, gemessen am Zweitstimmenanteil; Sperrklausel: 0,5% der Zweitstimmen oder 10% der Erststimmen eines Wahlkreises	pauschal 3,50 DM pro Wahlberechtigten, sofern die Partei oder politische Vereinigung mind. 0,5% der gültigen Stimmen im Wahlgebiet erreicht hat	ja, sonntags oder an einem gesetzl. Feiertag	Sonntag, 10. Juni
Dänemark	keine Regelung		nein, normalerweise ist es ein Dienstag	Donnerstag, 7. Juni
Frankreich	Der Staat ersetzt den Kandidaten, die mindestens 5% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten, bestimmte Kosten	Den Parteien, die mindestens 5% der Stimmen erreichen, werden bestimmte Wahlkampfkosten erstattet	ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Großbritannien	Der Staat gewährt die Benutzung öffentlicher Gebäude zur Abhaltung von Wahlversammlungen sowie die gebührenfreie Beförderung einer Wahlsendung pro Wähler	keine Sonderregelungen	nein, traditionsgemäß ein Donnerstag	Donnerstag, 7. Juni
Irland	wie Großbritannien	keine Sonderregelungen	nein, traditionsgemäß ist es ein Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag	Donnerstag, 7. Juni
Italien	Die Ausgaben für den Wahlkampf werden vom Staat übernommen	Wahlkampfkosten werden in bestimmten Grenzen erstattet	nein, normalerweise ist es ein Sonntag und Montagmorgen	Sonntag, 10. Juni
Luxemburg	keine Regelung		ja, sonntags	Sonntag, 10. Juni
Niederlande	keine Regelung		ja, mittwochs	Donnerstag, 7. Juni

Aus: Daten und Fakten, Informationsmaterial der Kommission d. Europäischen Gemeinschaften.

CDU-EUROPAWAHL — Verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173. Geschäftsführer: Peter Müllenbach. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.